

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1927

19 (14.2.1927)

erungs-
nde der
h Prof.
g aller
Arbeiten
sind die
nd zu-

der in
präch-
gerhand
r Ver-
t beag-
ergeblich,
en war,

Mann
r Geld-
richtete
Behör-
hinter
orschuf,
mit ihm
Bezieh)

iner der
reintigten
wie er
erlangen
r Unter-
r der
sei, ant-
nicht
Tätig-
Schule
ließ sich
den ein,
em Ver-
e Schü-
rlangen!

927

ht
ist
ugen
irten

t z

atze,
ung.
rlage

OR

r. 121

Ercheit
Montag, Mittwoch, Freitag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Austräger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.50
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 12-5 Uhr, Sonntags geschlossen.
Fernsprechanruf Nr. 11.
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal
Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.
Wöchentliche Beilagen: Mode u. Heim • Der Kolbold • Neue Illustrierte

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 7 Goldspg.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldspg.
Grundskript im Anzeigen- und Textteil ist frei.
Bei Wiederholungen tarifrester Kalat. der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Vertreibung erlischt.
Platzvorschriften werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen keinerlei Gewähr übernommen.
Anzeigen-Abnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 19. Montag, den 14. Februar 1927. 88. Jahrgang

Bereinfachte Steuergesetze.

Reichsfinanzminister Köhler bei den Finanzbeamten.
Berlin, 13. Febr. Im preussischen Landtag fand heute in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dr. Köhler die Einigungs-Verhandlung der Reichssteuerbeamten statt, in der die Vermittlung der deutschen Finanzbeamtengewerkschaft und des Bundes oberer Reichssteuerbeamten mit dem Bund deutscher Reichssteuerbeamter zu einem einheitlichen „Bund deutscher Reichssteuerbeamter“ vollzogen wurde. Reichsfinanzminister Dr. Köhler kündigte in einer Rede schon für die nächsten Tage Maßnahmen zur Reform der Finanzämter an, die, wie er erklärte, tatsächlich vor dem Zusammenbruch stehen. Es könnte so wie in den letzten Jahren nicht weitergehen; es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, daß endlich einmal in die Veranlagung und Erhebung der Steuern Ordnung einkeire. Man müsse hoffen, daß die angekündigten Maßnahmen schon in den nächsten Wochen eine fühlbare Entlastung der belasteten Finanzämter bringen werden. Besonderen Wert legt Reichsfinanzminister Dr. Köhler auf die Heranziehung eines tüchtigen Beamtenwachstums. Zur Tüchtigkeit der Steuerbeamten gehöre eine eingehende tüchtige Schulung. Man müsse wieder qualifizierte Anwärter aufnehmen.
Weiter erklärte der Minister: Wir könnten kein einziges neues Steuergesetz in den nächsten Jahren mehr brauchen. Wir werden an die Vereinfachung unserer Steuergesetzgebung denken müssen. Dann bereitigte der Minister die Steuerbeamten gegen Vorwürfe, die in der letzten Zeit im Zusammenhang mit gewissen Vorkommnissen auf den Steuerämtern erhoben worden sind. Er könne unter keinen Umständen dulden, daß seine Mitarbeiter, die ihre Pflicht tun, beschimpft werden. Er werde sie in ihrem pflichtmäßigen Tun und Handeln in jeder Weise schützen und decken. Von ihnen selbst verlange er aber, daß sie mit der größtmöglichen Zurückhaltung aufgeregten Menschen gegenübertraten. Schließlich deutete der Minister an, daß die Beförderungssache für die Beamten sowie die Erledigung des Beamtenengesetzes und des Beamtenvertretungsgesetzes möglichst bald erfolgen soll.

trizitätswerke A.-G. Vorstellungen erhoben. Für die deutsche Regierung handelt es sich bei diesen Vorstellungen nicht nur um die Wahrung der persönlichen Interessen der betreffenden Reichsangehörigen. Maßgebend war vor allem der Umstand, daß die polnischen Behörden, insbesondere in Pommern-Oberpommern in den letzten Monaten systematisch die Politik verfolgt Reichsangehörigen die in wirtschaftlichen Unternehmungen tätig sind, aus diesen Stellungen durch behördlichen Druck auf die Unternehmen oder durch Nichtgenehmigung der Aufenthaltserweiterung zu verdrängen. Der jetzt vorliegende Fall ist nur ein Glied in einer langen Reihe von Fällen ähnlicher Art. Die deutsche Regierung hat deshalb ihre Gesandtschaft in Warschau bereits am 22. Januar ds. Js. beauftragt, der polnischen Regierung mitzuteilen, daß dieses Vorgehen der polnischen Behörden auf die Handelsvertragsverhandlungen nicht ohne Rückwirkung sein könne, da die Regelung der Frage des Aufenthalts und der Niederlassung von Reichsangehörigen in Polen und von polnischen Staatsangehörigen in Deutschland einen wichtigen Teil dieser Verhandlungen bildet.
Die polnische Regierung hat trotz der deutschen Vorstellungen die erwähnten Reichsangehörigen zum Verlassen des polnischen Staatsgebiets gezwungen. Sie hat damit aufs neue zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt ist, auf die deutschen Vorschläge in der Frage des Aufenthalts und der Niederlassung einzugehen, daß sie vielmehr in Widerspruch mit diesen Vorschlägen und trotz ihrer seit langen Monaten im Gange befindlichen Erörterungen in weitgehendem Maße vollendete Tatsachen zu schaffen versucht. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß bei dieser Sachlage die Verhandlungen in der bisherigen Weise nicht mit Aussicht auf Erfolg geführt werden können. Ich beehre mich daher, Herr Bevollmächtigter Ihnen mitzuteilen, daß nach Aufassung der deutschen Regierung eine vorläufige Aussetzung der in Berlin geführten Verhandlungen geboten ist. In der Zwischenzeit würde zunächst der Versuch zu machen sein, diejenigen Fragen zu regeln, die sich aus den Ausweisungen und Verdrängungen der in Rede stehenden Art ergeben.
Ich möchte dabei darauf hinweisen, daß die deutsche Regierung es schon bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen nach Weismann für zweckmäßig gehalten hat, über die Frage der Ausweisungen direkte Verhandlungen auf diplomatischem Wege in Anregung zu bringen. Die deutsche Gesandtschaft in Warschau hat einen entsprechenden Antrag bei der polnischen Regierung bereits gestellt. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen unverzüglich aufgenommen werden und zu einem Ergebnis führen, durch das der Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle vorgebeugt und, was die deutsche Regierung sehr begrüßen würde, die baldige Wiederaufnahme der Gesamtverhandlungen ermöglicht wird.

ung dieses Aufenthaltsrechts verweigert. Ebenso haben sich alle Verhandlungen zerschlagen, so daß diese vier Beamten am Montag unmittelbar vor der Ausweisung standen. Infolgedessen hat die deutsche Regierung ihren Gesandten in Warschau angewiesen, bereits am Samstag bei polnischen Ministerpräsidenten vorzutreten und ihm zu erklären, daß die fortgesetzten Ausweisungen eine unerträgliche Störung und Belastung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen bedeuten. Daraufhin ist versprochen worden, die Ausweisung zunächst am 14. Tage zu verschieben. Schalten hat Polen dieses Versprechen nicht, denn am Dienstag sind die Beamten doch ausgewiesen worden. Es liegt aber auf der Hand, daß die ganze Frage des deutschen Niederlassungsrechts in einer Weise gelöst werden muß, die den deutschen Kaufmann und Handelsvertreter in Polen vor täglicher und unwillkürlicher Ausweisung sichert; denn schließlich wird jedes Entgegenkommen Polens auf anderen Gebieten in seinem Wert herabgedrückt und zweifelhaft, wenn es dem deutschen Handel und der deutschen Wirtschaft nicht möglich ist, ihre Interessen in Polen durch deutsche Handelsvertreter und Beauftragte wahrnehmen zu lassen.
Das ist der augenblickliche Stand der Dinge. Die deutsche Regierung ist entschlossen, die Handelsvertragsverhandlungen abzubrechen wenn sich Polen nicht zu dem erforderlichen Entgegenkommen bereit findet. Ob dazu irgend eine begründete Aussicht besteht, ist trotz der schweren wirtschaftlichen Folgen eines solchen Bruchs für Polen zweifelhaft. Polen muß zwar bei einem formellen Handelskrieg mit Deutschland auf ein Scheitern seiner Anleihebemühungen im Auslande rechnen, aber der polnische Chauvinismus hat die Gemüter derart verhext, daß kaum auf einen Sieg der Vernunft in Polen zu rechnen ist.

Zivile Luftfahrt und Abrüstung.
Berlin, 11. Febr. Amtlich wird bekanntgegeben: Die Verhandlungen der zivilen Luftfahrtsachverständigen, die zurzeit im Auftrag der Wirtschaftskommission der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes sich mit der evtl. Bewertung der zivilen Luftfahrt im Rahmen einer Abrüstung militärischer Luftstreitkräfte beschäftigen, sind fortgesetzt worden. Es besteht Einigkeit darüber, daß die zivile Luftfahrt mit Rücksicht auf ihre große wirtschaftliche und verkehrstechnische Bedeutung und angesichts der in ihr liegenden, noch nicht übersehbaren Entwicklungsmöglichkeiten, in keiner Form durch eine etwaige Abrüstung oder Beschränkung der Luftstreitkräfte beeinträchtigt werden darf.

Rheinlandräumung, Eupen-Nalmedy und deutsche Mark in Belgien.
Brüssel, 11. Febr. Die Independance Belge kommt in einem spaltenlangen Artikel wieder einmal auf die Rücknahme der Markbestände bei der Banque National zu sprechen und macht dabei den Vorschlag, bei den Verhandlungen über die Rheinlandräumung, wobei Belgien doch auch ein Wort zu sagen hätte, die Markfrage aufzuwerfen. Das Blatt sagt selbst, daß man seinen Vorschlag als Erpressungsversuch bezeichnen würde. Der Peuple erklärt heute, daß die Frage Eupen-Nalmedy keineswegs durch den Brief der drei Minister an den Gouverneur von Lüttich erledigt sei. Wenn auch zu glauben sei, daß die Abstimmung von 1920 vorschriftsmäßig durchgeführt worden sei, so sei doch nicht weniger wahr, daß gerade durch diesen Fall die Gerechtigkeit, für welche Belgien mehr als alle anderen Nationen eingetreten sei, gelitten habe.

Der Ausgleich zwischen Stadt und Land.
Königsberg 13. Febr. In der Hindenburg-Oberrealschule sprach der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, über den Ausgleich zwischen Stadt und Land. In einem ausgeglichenen Staatswesen so führte der Minister aus, seien Stadt und Land keine Gegensätze. Die Städte entwickeln sich organisch nach den Bedürfnissen des sie umschließenden Landes, von dem sie Leben und Blut empfangen und dem sie wirtschaftlicher und sozialer Mittelpunkt würden — ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Mit der zunehmenden Industrialisierung im vorigen Jahrhundert habe sich das gesunde und ursprüngliche Verhältnis von Stadt und Land verschoben. Es sei eine Entwertung der Bevölkerung eingetreten, die am deutlichsten darin zum Ausdruck komme, daß vor etwa 100 Jahren noch rund 90 Prozent aller deutschen Menschen in eigenen Häusern und nur zehn Prozent in fremden Häusern zur Miete wohnten, während dieses Verhältnis heute genau umgekehrt sei. Aus dieser Erkenntnis heraus würden unsere Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik neue Bahnen gewiesen. Gewiß könnten sich die Städte in etwas selbst helfen. Sie könnten gewisse Arbeitsmöglichkeiten schaffen und durch Anlage von Grünlandgürteln und Kleingärten die Bevölkerung wieder mehr mit dem Boden verbinden, an den Segen natürlicher Arbeit gewöhnen.
Wirklich: Hilfe könne den Städten nur vom Lande kommen. Es gelte, die Landwirtschaft zu stärken, ihre Ertragsfähigkeit zu sichern, damit sie in der Lage sei, ihren eigenen Bevölkerungszuwachs festzuhalten und, darüber hinaus brachliegende Arbeitskräfte — vor allem die Jugendlichen — aus dem Herde der Arbeitslosigkeit abzulösen. Eine solche agrarische Wirtschaftspolitik werde auch die Arbeitsmöglichkeit in den Städten vermehren und ihnen den Segen einer blühenden Landwirtschaft und den von ihr ausgehenden Impuls für das ganze Erwerbsleben beweisen. Deshalb sei eine solche Politik auch die zweckmäßigste Politik vom Standpunkt der Städte, des Konsumenten; denn vermehrte ländliche Arbeit führe naturgemäß auch zur Vermehrung der Erzeugung von Nahrungsmitteln und zu ihrer Verbilligung. Unser wirtschaftspolitisches Ziel müsse deshalb auf eine Umwidmung der Bevölkerung auf einem gesunden Ausgleich zwischen Stadt und Land, gerichtet sein. Städte und innere Kolonisation gehörten auf das engste zusammen; eine gesunde Siedlungspolitik auf dem Lande gehöre zu den wichtigsten Lebensinteressen der Städte gerade in unserer gegenwärtigen Lage. Hier sehe er ein großes nationales Lebensziel, das das ganze Volk — vor allem auch Stadt und Land — zusammenschweiße zur Überwindung unserer Not. Dazu gehöre auch, daß die Unterschätzung des Landes und ländlicher Arbeit aufhöre, die man vielfach in den Städten noch finde, daß sie einer Höherwertung und Höherbewertung bäuerlicher Arbeit und bäuerlichen Wesens Platz mache. Der angestrebte enge Zusammenschluß zwischen Stadt und Land werde weiterhin auch zu einer Festigung des Staatswesens und des Staatsgedankens führen. Daß alle Teile des Volkes sich in diesem Ziele fänden, sei eine staatspolitische Notwendigkeit. Stadt und Land miteinander eng verknüpft, Staat und Volk im großen nationalen Ziel verbunden, so würden wir wieder — allen Krisen zum Trotz — ein in seinen Gliedern geeintes der Zukunft sicheres Staatsvolk.

Handelskrieg mit Polen.
Seit einhalb Jahren stehen wir in einer Art Handelskrieg mit Polen, der sich jetzt dadurch zu verschärfen droht, daß es möglicherweise auch zu einem formellen Abbruch der unter Mühen und Schwierigkeiten weitergeführten deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen kommt.
Die erste Verleifung in diesen Handelsvertragsverhandlungen trat im Sommer 1925 ein, als Polen aus Furcht vor einem weiteren Sinken des Zlotykurses die Einfuhr in radikaler Weise abdrohete. Der Zloty besserte sich auch, da zunächst die Ausfuhr nach Deutschland, die 50 Prozent der polnischen Ausfuhr überhaupt beträgt, auf ihrer alten Höhe blieb. Aber wie bei allem rein merkantil gedachten und einseitig unternommenen Handelsmaßnahmen bleibt die natürliche Gegenwirkung nicht aus, wenn sie auch erst später und allmählich nachfolgt. Im Laufe der Zeit ist die polnische Ausfuhr in erheblichem Maße gesunken und der Zlotykurs wäre sicherlich einer Katastrophe sondergleichen entgegengegangen, wenn nicht der englische Kohlenstreik auch der polnischen Wirtschaft durch starke Ausfuhr obereschlesischer Kohle einen neuen Antrieb gegeben hätte. Diese Tatsache und gewisse Scheinerfolge, die in einer künstlichen Hebung der polnischen Handelsbilanz durch ein Dumpingystem bestehen, haben das polnische Volk an der Erkenntnis seiner wirklichen handelspolitischen Lage verhindert. An der unsicheren, geradezu zweifelhaften polnischen Wirtschaftslage änderte es aber auf die Dauer auch nichts, daß die polnische Kohlenindustrie, ebenso wie die deutsche, die Gelegenheit des englischen Kohlenstreiks dazu benutzte hat, um von England durch den Druck der Verhältnisse nicht nur kurzfristige, sondern auch langfristige Lieferungsverträge zu erlangen. Der polnische Zloty steht heute auf 47, während sein tiefster Stand 30 im Frühjahr 1926 war; aber auch mit 47 steht er noch tief unter pari. Sein Paristand ist 81. Immerhin hat schon die Steigerung des Zlotystandes von 30 auf 47 vor allem durch seine psychologischen Auswirkungen auf den polnischen Nationalismus zu einer neuen Verleifung der Lage geführt. Diese Verleifung zeigt sich besonders in der Behandlung aller Fragen des deutschen Niederlassungsrechts. Der ganze Komplex dieser Fragen ist von den Polen in der Form verjünglich und in materiellem Entgegenkommen ungenügend behandelt worden. Das trifft allerdings auch mehr oder weniger auf die Behandlung der zwischen den beiden Ländern zu erlebenden zolltariflichen Maßnahmen zu. Die direkt krisenhafte Zuspitzung ist aber durch die Verweigerung des Aufenthaltsrechts Deutscher in Polen bedingt. Das in den fortgesetzten Ausweisungen Deutscher zum Ausdruck kommende Verdrängungssystem ist bekannt, in seinen Methoden und Zielen jedenfalls so bekannt, daß es in diesem Zusammenhang nicht weiter auseinanderzusetzen zu werden braucht. Die polnische Regierung ist bereits soweit gegangen, daß sie jetzt auf die übliche Besänftigung und Begründung verzichtet, die Auszuweisenden als „lästige“ Ausländer zu bezeichnen. Sie gibt vielmehr stillschweigend zu, daß die Ausweisung nur erfolgt, um für wichtige Nationalpolen Platz zu machen. Es handelt sich heute um vier Beamte der obereschlesischen Kleinbahn, denen bis Ende 1926 das Aufenthaltsrecht zugestanden war. Der polnische Wojwode in polnisch Oberschlesien hat die Verlänger-

Dr. Beneš zur Anschlußfrage.
„Selbstverständlich dagegen“.
Prag, 13. Febr. In der letzten Sitzung des Außen-Ausschusses des Prager Abgeordnetenhauses ist dem deutschnationalen Abg. Kallina gelungen, Dr. Beneš zu einer klaren Stellungnahme in der Anschlußfrage zu veranlassen. Beneš verteilte sich auf die Bestimmungen des Friedensvertrages zu berufen und einer klaren Beantwortung auszuweichen, bis er endlich auf die Frage, ob er dafür oder dagegen sei, die Antwort gab: „Selbstverständlich dagegen“.

Moskau ergreift Repressalien.
London 13. Febr. Die russische Staatsbank hat bekanntlich während der letzten Lage Guthaben in der Höhe von zweieinhalb Millionen Pfund Sterling, die sie bei englischen Banken hatte, zurückgezogen und weitere Zurückziehungen dürften folgen.
Dem „Manchester Guardian“ wurde auf eine Anfrage nach dem Grunde dieses Schrittes von amtlicher russischer Seite folgende Antwort gegeben: Die bisherige Praxis der russischen Staatsbank sei gewesen, die Reserven der Auslandsbanken in der Hauptsache in London zu lassen, das eine der wichtigsten Stellen sei, an der russische finanzielle Transaktionen abgewickelt werden. Der neue politische Feldzug aber, der in England als ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Räterepublik geführt wird, und die unaufhörlichen Angriffe der Presse und politischen Führer sogar auf Mitglieder der Regierung schaffen eine Atmosphäre, die es Rußland unmöglich mache, solange solche Verhältnisse herrschen, die bisherige Praxis fortzusetzen und es zwingt eine zeitweilige Wenderung in der Verteilung und Belegung ihrer überschüssigen Guthaben bei fremden Banken vorzunehmen.

Rücktritt des albanischen Kabinetts.
Belgrad, 13. Febr. Nach einer Meldung aus Tirana ist das albanische Kabinett zurückgetreten. Präsident Ahmed Zogu hat den Rücktritt angenommen.

Neuer Einspruch Nordamerikas.
New York 13. Febr. Washingtoner Meldungen zufolge rechnet man mit einem baldigen neuen Einspruch der Vereinigten Staaten in Nicaragua. Man will beide Präsidenten, sowohl Diaz wie Sacaja, zum Rücktritt veranlassen und Neuwahlen ausgeschrieben lassen. Es ist anzunehmen, daß Sacaja nur der Waffengewalt weicht. Marinesekretär Wilson erklärte in einer Rede in New York: Amerika steht jetzt nach dem Bürgerkrieg und nach dem Weltkrieg einer dritten Prüfung gegenüber, womit er zweifellos die Ergebnisse in Mittelamerika meint. Der Bolschewismus, so führte er weiter aus, strecke seine Finger nach den südamerika-

Deutsche Note an Polen.
Aussetzung der Verhandlungen. — Ausweisungen und Niederlassungsrecht.
Berlin, 12. Febr. Der deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Staatssekretär a. D. Dr. Lewald, hat dem polnischen Bevollmächtigten, Herrn von Pradzynski heute mittag folgendes Schreiben zugehen lassen. Wie Ihnen bekannt ist, hat die deutsche Regierung in den letzten Wochen bei der polnischen Regierung wegen der Ausweisung von vier leitenden Beamten der Oberschlesischen Kleinbahn-Elek-

nisch-Schwesterrepublikanern aus, er schaffe Unruhe in China, in Ostindien und in Nicaragua. Er wünsche daher nichts sehnlicher als die Aufrechterhaltung einer starken amerikanischen Flotte und Armee damit Amerika, wenn nötig, den Schwächeren helfen und mit seinen Streitkräften eingreifen könne.

Arbeitslosenunruhen in Frankreich.

Paris, 13. Febr. Der Präfekt der Loire hat in dem Industriegebiet von St. Etienne durch eine Verfügung jegliche Ansammlung und Kundgebung auf der Straße verboten. Diese Maßregel mußte ergriffen werden aus Furcht vor Zwischenfällen die durch die zahlreichen Arbeitslosen der Industriegegend in den letzten Tagen hervorgerufen worden sind. Mehrfach haben Züge von Arbeitslosen die Straßen der Stadt durchgezogen wobei es jedesmal zu Zwischenfällen zwischen Polizei, Gendarmen und den Manifestanten kam. Der Stadtrat von St. Etienne hat zur Unterstützung der Arbeitslosen einen Kredit von 500 000 Franken ausgeschrieben.

Briand soll antworten.

Paris 13. Febr. Im gestrigen Ministerium hat Außenminister Briand sich über das amerikanische Memorandum, das über die Abrüstung zur See die Einberufung einer neuen Seeabstimmungskonferenz vorsieht, ausgesprochen und den Auftrag erhalten, bis nächsten Dienstag den Entwurf einer Note auszuarbeiten, aufgrund deren die Minister in eine Aussprache der vom Präfidenten Coolidge aufgeworfenen Frage eintreten werden. Briand hat den Journalisten erklärt, daß er hoffe, bis Dienstag die Antwort an die Regierung der Vereinigten Staaten fertig gestellt zu sehen.

Die neue Botschaft Coolidges.

Washington, 11. Febr. Coolidge hat dem Kongreß eine Botschaft geschickt, worin von einer Denkschrift betr. die Marineabrüstung die Rede ist, die von den amerikanischen Botschaftern in London, Paris, Rom und Tokio den betr. Regierungen ausgeschrieben werden soll. Ueber die Erwägungen, die ihn zu diesem Schritt veranlaßt haben, sagte Coolidge:

Die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk sind überzeugt, daß die Rüstungswettbewerbe eine gefährliche Ursache für das internationale Mißtrauen und die internationale Zwietracht sind und geeignet sind, schließlich zum Kriege zu führen. Die Erkenntnis dieser Tatsache und der Wunsch, diese Gefahr so weit wie möglich zu beseitigen, hat die amerikanische Regierung 1921 dazu geführt, die Washingtoner Konferenz einzuberufen. Die Unterzeichner des Washingtoner Vertrages haben ihre Verpflichtungen ehrlich erfüllt (?) und es kann kein Zweifel bestehen, daß der Vertrag in seiner Wirkung ein hervorragender Erfolg ist. Es ist die Hoffnung der amerikanischen Regierung gewesen, die ständig von dem Kongreß seit der Washingtoner Konferenz ausgedrückt wurde, daß sich hier eine günstige Gelegenheit bieten möchte, das hier begonnene Werk durch den Abschluß weiterer Vereinbarungen über Kreuzer, Zerstörer und U-Boote zu vollenden. Ich bin sicher, daß alle Regierungen und alle Völker lieber ein Spitem der Einschränkung der Rüstungen zur See wählen würden, anstatt bewußt zum konzentrierten Bau zurückzukehren.

Es scheint mir, daß die amerikanische Regierung, die stets für die Einschränkung der Rüstungen eingetreten ist, die Pflicht hat, sich zu bemühen, alle verfügbaren Mittel vorzuschlagen, wodurch konkrete Ergebnisse erzielt werden können, auch wenn solche Ergebnisse eine endgültige ideale Lösung des dreifachen Problems Land-, See- und Luftkräften nicht erreichen.

Kühle Aufnahme in Paris.

Paris, 11. Febr. Das amerikanische Memorandum zur Abrüstungskonferenz und die neue Einladung zu einer Seeabstimmungskonferenz haben in Frankreich, wie zu erwarten war, eine gewisse Erregung ausgelöst. Der Schritt Coolidges war seit langem befürchtet worden und man hat französischerseits alles getan, ihn zu verhindern. Man ist aber erregt, weil der französische Plan einer Verbindung der Abrüstung zu Lande, zur See und in der Luft durch den amerikanischen Vorschlag verhindert wird. Die Väter, soweit sie Stellung nehmen, erklären, die französische Regierung müsse bedächtig vorgehen — d. h. sie empfehlen, die Dinge auf die lange Bank zu schieben! —, da die aufgeworfenen Probleme so zahlreich und ernst seien, daß man sie eingehend in allen Folgen prüfen müsse. Am „Matin“ kommt wieder der tiefere Gedanke der französischen Abrüstungspolitik zum Ausdruck: die Notwendigkeit eines Schuges gegen Deutschland! Man verfuhr in Frankreich sich das stärkste Landheer der Welt zu erhalten, indem man offenkundig die infernale Lage der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Italiens in den Vordergrund schiebt.

Völlig überraschend.

London, 11. Febr. Coolidges Vorschlag zu einer neuen Flottenkonferenz, die in Fortsetzung der Washingtoner Konferenz

vom Jahre 1921 stattfinden soll, kam für den amerikanischen Kongreß völlig überraschend. Aus dem Schweigen, in das sich die ganze ministerielle Presse hüllt und das der sonst so gesprächige diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mitmacht, kann man schließen, daß die Ueberraschung der hiesigen Regierung kaum geringer ist. Frühere ministerielle Äußerungen legen aber die Annahme nahe, daß die Ausdehnung der Verhältniszahl von 5 zu 5 zu 3 auf die Kreuzer der britischen Admiralität unannehmbar sein wird, während auch nichts darauf deutet, daß Frankreich seine Ansichten bezüglich der Unterseeboote geändert hat. Die „Westminster Gazette“ betont die Schwierigkeiten von Coolidges Vorschlag, erklärt es aber zugleich für die Pflicht der Regierung, ihn in sorgfältiger und sympathischer Ermägung zu ziehen. Das drückt wohl am besten aus, was sich über die vorsichtige Haltung der britischen Regierung in diesem Augenblick sagen läßt.

Italien und Litauen.

Rom, 9. Febr. Sehr wichtig ist es für die heute so aktuellen Interessen des Deutschen Reiches gegenüber Litauen, daß Italien einen Wechsel in der Form seiner diplomatischen Vertretung vorgenommen hat. Seit 1920 bestand eine italienische Gesandtschaft in Riga für alle baltischen Staaten und Litauen. Jetzt sind in Rom und Kowno eigene Gesandtschaften errichtet worden und nach Litauen geht bezeichnenderweise ein Diplomat, dem man wahrlich keine Sympathien für Deutschland vorwerfen kann: Giovanni Amadori. Amadori ist ein enger Landsmann Mussolinis. 1903—1910 hat er dem römischen Journalismus angehört und fiel dadurch auf, daß er sich zwar in einem dreibündnerfreundlichen Blatt betätigte, aber aus seinem Haß gegen den Dreibund und namentlich Oestreich nie ein Hehl machte. Amadori ist zweifellos heute in Litauen als Förderer deutschfeindlicher Strömungen zu werten, wo die Instruktionen ihm das gestatten. Seine Tätigkeit gerade im gegenwärtigen Augenblick verdient also alle Beachtung.

Briands Freundschaft für Italien.

Paris 11. Febr. Das Journal veröffentlicht heute eine bedeutsame Erklärung Briands über die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien, die er gestern einem italienischen Journalisten gegeben hat. Briand erklärte, er glaube fest, daß der Wiederauflieg Europas nur unter einer einzigen Bedingung der vier Großmächte, England, Deutschland, Frankreich und Italien, vor sich gehen könne. Die Großmächte müßten die Säulen bilden, auf denen der Palaß des europäischen Friedens errichtet werden könne. Briand fuhr fort: er sehe keine Schwierigkeiten, die einer freundschaftlichen und lokalen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Italien ein unübersteigliches Hindernis entgegenzusetzen, wenn man nur die zwischen den beiden Ländern schwebenden Probleme mit Objektivität und dem nötigen guten Willen anfaßt. Er kenne genau die Notwendigkeiten und Forderungen Italiens und er glaube, daß man sie mit den Interessen und den Rechten Frankreichs ganz gut vereinbaren könne. Er habe auch immer jede Gelegenheit benützt, um seine Freundschaft für Italien zu beweisen und er habe mit Freude und Genugtuung vom Abschluß des deutsch-italienischen Schiedsgerichtsvertrages Kenntnis genommen. Als aber die Journalist endlich nach den Ausichten einer persönlichen Aussprache zwischen Briand und Mussolini fragte, wich Briand aus: „Das ist das Geheimnis von morgen.“

Die Wahlreform in Frankreich.

Paris, 11. Febr. Die Frage der Wahlreform hat gestern den Kabinettsrat wieder beschäftigt und nach dem „Echo de Paris“ ist wiederum ein Zwiespalt im Kabinet in dieser Frage deutlich geworden, so daß der Präsident der Republik als Schiedsrichter angerufen werden soll. Bekanntlich ist Marin gegen die Wiedereinführung der Arrondissementswahl. Doch scheint sich das Kabinet darüber einig zu sein, daß gleichwohl welche Wahlreform in der Kammer zur Aussprache kommen wird, die Regierung die Vertrauensfrage stellen wolle. Schließlich wird die Kammer die Entscheidung haben, da sich der Senat schon vor zwei Jahren für die Arrondissementswahlen ausgesprochen hat. Die Frage ist von grundlegender Bedeutung, weil sich die Radikalen bei den kommenden Wahlen einen Erfolg von der Umgestaltung des Wahlmodus versprechen. „Echo de Paris“ spricht von einer Verlegenheitslösung, die darin bestehen könnte, angesichts der Währungs- und Finanzfrage die Wahlreform zu vertagen und die Dauer der Wahlperiode der jetzigen Kammer zu verlängern. Davon war bereits die Rede unter dem Widerspruch besonders der Sozialisten, Kommunisten, Linksradikalen und Abgeordneten der äußersten Rechten, die sich alle von den kommenden Wahlen Erfolg versprechen.

Frankzösische Sehnsucht nach der weißen Rheinkohle.

Paris, 11. Febr. Gerade die Lage Badens in der Südwestecke des Reiches, weit entfernt von den Kohlenbecken Mittel-, West-

und Ostdeutschlands, läßt erkennen, welchen Wert für ein Land die unschätzbaren Wasserkraft der Flüsse und Ströme haben. Zum Nachteile Deutschlands hat nun leider der Versailles Vertrag auch Frankreich zum Herrn des deutschen Rheins gemacht und die Entscheidungen der Zentralkommission für Rheinschifffahrt verhalten dank des überwiegenden Einflusses der französischen Kommissionsmitglieder auch den französischen Plänen meist zum Siege. So entschied sie sich bezeichnenderweise auch für das französische Projekt zur Kugbarmachung der Rheinwasserkräfte bei Rembs, trotzdem die Schifffahrt durch die Abzweigung des geplanten elsfässigen Seitenkanals beeinträchtigt werden wird. Am Dienstag hat nun der französische Arbeitsminister Lardieu in der Finanzkommission der Kammer einen Ueberblick über das französische Bauprojekt gegeben, dessen Durchführung mit der Beseitigung der französischen Finanzlage wohl in Wäbe in Angriff genommen werden dürfte. In seinen ersten Anfängen geht es ja wohl bis in das Jahr 1893 zurück. Seine Verwirklichung wurde aber erst durch das französisch-schweizerische Abkommen vom vorigen Jahre und die Ablehnung des deutschen Projektes, sichergestellt, das durch eine Regulierung des Strombettes selbst die Wasserkraft nutzbar machen wollte. Der Baubeginn des elsfässigen Rhein-Seitenkanals soll umso mehr beschleunigt werden, als die Anlage einen Hauptbestandteil des Arbeitsbeschaffungsprogramms zur Behebung der Arbeitslosenkrise in Frankreich bildet. Aus den Erklärungen Lardieus geht hervor, daß die Finanzierung des Unternehmens nicht durch staatliche Subvention, sondern durch rückzahlbare Staatsvorschüsse erfolgen soll. Allerdings verhehlt man sich auch in Frankreich nicht, daß sich der Durchführung des Planes bedeutende Schwierigkeiten in den Weg stellen. So konnten die Bedenken gegen einen Vertbruch des Kanals noch nicht reiflos gehoben werden. Auch ist immerhin mit der Gefahr zu rechnen, daß die elsfässigen Kanäle erheblich unter Grundwasser des neuen Kanals zu leiden haben werden. Hieron abgesehen, dürfte die Kanalfrage zum mindesten eine nicht unbedeutende Veränderung des Straßburger Saens zur Folge haben.

Ueber - Protektionismus.

Frankreichs neuer Zolltarif.

In einem Wandelgange der französischen Kammer ist gegenwärtig eine aus plastischen Stoffe hergestellte Karte von Europa zu sehen, wobei die Zollgrenzen um die verschiedenen Länder durch Mauern in verschiedener Höhe gebildet sind. Auf dieser Karte nun muß die Schranke, die in Zukunft Frankreich umgeben wird, geradezu unübersteigbar hoch eingezeichnet werden: der neue Zolltarif, der eben nach dreijähriger Sachverständigenarbeit fertiggestellt und dem Parlamente übergeben wurde, sieht nämlich einen Ueberschwang des Schutzollgedankens vor, wie ihn bisher kein Land Europas gekannt hat. Der Augenblick, an dem die Vorlage zur Beratung kommt, ist so günstig wie nur möglich gewählt. Die allgemeine Wirtschaftskrisis hat eine Panik hervorgerufen, der gerade die radikalsten Schutzmittel willkommen sein müssen. Man huldigt in Frankreich dem Gedanken, daß keine nationale Industrie geopfert werden darf: auch nicht die, die mit unzulänglichen Mitteln und in direkt widernatürlicher Weise arbeiten. Man bezeichnet sie kurzweg als „Key Industries“ und spricht ihnen eine Lebensnotwendigkeit im Interesse der Landesverteidigung zu. Das auffälligste Beispiel dafür ist der größte Teil der chemischen Industrie die bekanntlich zumal auf dem Gebiet der Farbstoffe vor dem Kriege in Frankreich kaum existierte. In der Folge wurden große Anstrengungen gemacht, ohne daß bis jetzt der Erfolg sehr ermutigend gewesen wäre, da sozusagen sämtliche Voraussetzungen fehlen: trotzdem entschloß man sich im vorliegenden Tarif dazu, die Einfuhr aus Deutschland auf die reinen Reparationsmengen zu beschränken, was übrigens auch für die Opiumprodukte (Morphium, Heroine usw.) der Fall ist. Das zweite Beispiel dieses Ueberzollschutzes gerade Deutschland gegenüber wird auf dem Gebiete der optischen Industrie gegeben. Man weiß, daß gerade hier sich bei dem Abschluß des Protokolls mit dem Reich die größten Schwierigkeiten ergaben, da Deutschland auf ein Minimum von Ausfuhrmöglichkeiten nicht verzichten konnte. Frankreich ergreift nunmehr die Offensive und umgibt sich mit „optischen Mauern“, die als vollendete Tatsachen auf die kommenden Verhandlungen einwirken müssen.

Im allgemeinen ist dieser Charakter des neuen Zolltarifs, als Waffe zu gelten, in allen Einzelheiten ersichtlich. Nicht nur Deutschland gegenüber: nicht minder gegen Belgien und Italien. Die Nennungen erreichen eine bisher unbekannte Ziffer; während sie in dem bis jetzt geltenden Tarif 2600 nicht überliegen, schmelzen sie mit einem Ruck auf nicht weniger als 8000 hinauf; die Zahl der Einteilungen wächst in gleichem Maße von 654 auf 1750. Kein Zweig der wirklichen oder auch nur möglichen wirtschaftlichen Tätigkeit ist unberücksichtigt geblieben; besondere Sorgfalt wurde darauf verwendet, die Industrien Elbfischzucht, Ringens in den Wirtschaftskörper Frankreichs einzuverleiben. Es

legte, und — auf elf Uhr hatte ich sie ja erst bestimmt. Ich trat noch in ein Cafe, durchblättere gedankenlos eine Schar von Zeitungen; — endlich schlug es elf Uhr.

Auf dem Platz waren wenige Menschen und, soweit ich mein Auge anstrengte, kein grüner Schleier zu sehen. Ich hielt mich immer auf der Seite der Arzneykutsche, weil dort mehrere Laternen brannten. Die Momente solchen Erwartens sind peinlich. Wenn sie an deinem Geld genug hätte und gar nicht käme? Wenn sie deine Gutherzigkeit verachte? dachte ich, als ich den Platz wohl schon zehnmal auf und ab gegangen war. Es schlug halb zwölf, schon fing ich an, über meine eigene Torheit zu murren, da wehte im Schein einer Laterne, etwa dreißig Schritte vor mir, etwas Grünes; mein Herz pochte ungeflümmert, ich eilte hin — sie war es. Guten Abend, sagte ich, indem ich ihr die Hand bot, schön, daß Sie doch Wort halten; ich glaube ich, Sie würden nicht mehr kommen. Sie verbeugte sich, ohne meine Hand zu fassen, und ging an meiner Seite hin; sie schien sehr gerührt: Mein Herr, mein edler Landsmann, sprach sie mit bewegter Stimme, ich mußte ja Wort halten, um Ihnen zu danken. Ich komme heute gemiß nicht, um Ihre Güte aufs neue in Anspruch zu nehmen. Ach, wie reich, wie freigebig haben Sie uns beschenkt! Kann Sie der innige Dank einer Tochter, können die Gebete und Segenswünsche meiner kranken Mutter Sie entschädigen?

Sprechen wir nicht davon, erwiderte ich. Wie geht es Ihrer Mutter? — Ich glaube wieder Hoffnung schöpfen zu dürfen, antwortete sie, der Arzt spricht zwar nichts Bestimmtes aus, aber sie selbst fühlt sich kräftiger. O, wie danke ich Ihnen! Von Ihrem Geschenk konnte ich ihr wieder kräftige Speisen bereiten, und glauben Sie mir, der Gedanke, daß es noch so gute Menschen gibt, hat sie beinahe ebenso sehr gestärkt.

Was sagte Ihre Mutter, als Sie zu Hause kamen? — Sie war sehr in Sorgen um mich, weil es schon so spät war, erwiderte sie, ich hatte so ungern nur die Erlaubnis zu diesem Gang gegeben, und malte sich jetzt irgend ein Unglück vor, das mir begegnet sei. Ich erzählte ihr alles, aber als ich mein Tuch öffnete, und die Gaben, die ich gesammelt hatte, hervorzog und Geld dabei war, Gold unter den Kupfer- und Silberstücken, da erstaunte sie, und — sie stockte und schien nicht weiterreden zu können; ich dachte mir, die Mutter habe sie arger Dinge beschuldigt, und sorgte weiter, aber mit ruhender Offenheit gestand sie: Die Mutter habe gesagt, der großmütige Landsmann müsse entweder ein Engel oder ein Prinz gewesen sein,

Die Bettlerin vom Pont des Arts.

Novelle von Wilhelm Hauff.

Nur Mut! sagte ich zu ihr, St. Severin ist nicht mehr ferne, Sie werden bald zu Hause sein. Sie antwortete nicht, sie meinte noch immer. Als wir in der Straße waren, die nach der Beschreibung St. Severin sein mußte, blieb sie wieder stehen. Nein, Sie dürfen nicht weiter mit mir gehen, mein Herr! sagte sie. Es darf nicht sein. — Aber warum denn nicht, da Sie mich soweit mitgenommen haben; ich bitte, trauen Sie mir keine schlechten Absichten! Ich hatte bei diesen Worten, ohne es zu wissen, ihre Hand ergriffen und vielleicht gedrückt; sie entzog sie mir hastig und sagte: Vergeben Sie, daß ich die Unsicherheit beginne, Sie soweit mitzuführen; bitte, verlassen Sie mich jetzt! Ich fürchte, daß der Austritt vorhin sie tief verletzt hatte, daß er ihr vielleicht gegen mich selbst Mißtrauen einflößte, und eben dies rührte mich unbefriedigend; ich nahm das Silber, das mir Faldner gegeben, und wollte es ihr hinreichen; aber der Gedanke, wie wenig diese kleine Gabe ihr helfen könne, zog meine Hand zurück, und ich gab ihr das wenige Gold, das ich bei mir trug.

Ihre Hand zuckte, als sie es nahm; sie schien es für Silber zu halten, dankte mir aber mit zitternder, rührender Stimme und wollte gehen.

Noch ein Wort, sagte ich und hielt sie auf; ich hoffe, Ihre Mutter wird gesund werden, aber es könnte ihr doch noch etwas gebrechen, und Sie, mein Kind, sind nicht für solche Abendgänge, wie der heutige, gemacht. Wollen Sie nicht heute über acht Tage um dieselbe Zeit vor der Ecole de Medecine sein, daß ich mich nach Ihrer Mutter erkundigen kann? Sie schien unschlüssig, endlich sagte sie: Ja. Und setzte Sie doch den Hut mit dem grünen Schleier wieder auf, daß ich Sie erkenne, fügte er hinzu; sie bejahte es, dankte noch einmal, ging eilend die Straße hin und war schnell in der Nacht verschwunden.“

23.

Als ich am Morgen nach dieser Begebenheit erwachte, schien es mir, als hätte mir von diesem allen nur geträumt. Aber Faldner, der bald herbeikam und mich nach seiner zarten Manier zu schrauben anfang, riß mich aus meinem Zweifel. Die Sache schien mir, so recht deutlich am Morgenlicht betrachtet, doch allzu fabelhaft, als daß ich sie dem ungläubigen Freund hätte erzählen mögen. Man ist in neuerer Zeit zu jenem Grad der Sittenerfönerung gekommen, der schon ins Gebiet der Un-

sittlichkeit hinüberstreift; man will in manchen Fällen lieber wild, etwas fiederlich und schlecht erscheinen, man gibt lieber eine Zweideutigkeit zu, nur um nicht als ein Tor, als ein Sonderling, als ein Mensch von schwachem Verstand und beschränktem Lebensausblick zu gelten.

Im Innern kränkte mich aber noch mehr als Faldners Schraubereien eine Unruhe, ein Etwas, was ich nicht zu deuten wußte. Ich machte mir Vorwürfe, daß ich nicht einmal ihr Gesicht gesehen hatte. Wozu, sagte ich mir, wozu diese übertriebene Diskretion? Wenn ich ein paar Napoleons hingebe, so kann ich doch um die Gunst bitten, den Schleier etwas zu lüften? Und doch, wenn ich mir das ganze Betragen des Mädchens, das, so einfach es war, doch von Gemeinheit auch nicht im geringsten etwas an sich hatte, zurückrief, wenn ich bedachte, wie mich seine edle Haltung, der gebildete Ton seiner Antworten anzog, so mußte ich mich, halb zu meinem Verrger, rechtfertigen. Es liegt etwas in der menschlichen Stimme, das uns, ehe wir Züge und Auge, ehe wir den Stand des Sprechenden kennen, den Ton angibt, in welchem wir mit ihm sprechen müssen. Wie unendlich, nicht sowohl in der Form als im Klang der Sprache, unterschiedel sich der Gebildete vom Ungebildeten, und des Mädchens Töne waren so weich und zart, seine kurzen Antworten oft so aus der tiefsten Seele gesprochen. Den ganzen Tag konnte ich diesen Gedanken nicht los werden, sogar abends in eine glänzende Gesellschaft von Damen begleitete mich das arme Mädchen mit dem schwarzen Hüthen, dem grünen Schleier und dem unscheinbaren Mantel.

In den nächsten Tagen ärgerte ich mich über meine Torheit, welche Schuld war, daß ich das Mädchen erst nach acht Tagen wiedersehen konnte; ich zählte die Stunden ab bis zu dem nächsten Freitag, und es war, als hätte jene Hauptstadt der Welt, wie sie ihre Besucher nennen, nichts Reizendes mehr in sich als die Bettlerin vom Pont des Arts. Endlich, endlich erschien der Freitag. Ich brauchte alle mögliche Eist, um mich auf diesen Abend von Faldner und den übrigen Freunden loszumachen, und trat, als es dunkel wurde, meinen Weg an. Ich hatte über eine Stunde zu gehen und Zeit genug, über meinen Gang nachzudenken. Heute, sagte ich zu mir, heute wirst du ins reine kommen, was du von dieser Person zu denken hast; du wirst ihr anbieten, mit ihr zu gehen, nimmst sie es an, so hast du dich schon das erste Mal betrogen. Auch das Gesicht muß sie heute zeigen.

Ich war so eilends gegangen, daß es noch nicht einmal zehn Uhr war, als ich auf der Place de l'Ecole de Medecine an-

kam dabei zu einem schweren Zusammenprall zwischen dem Ver-
tigebiet Nordfrankreichs (Roubaix-Tourcoing) und dem des El-
sasses; man behalt sich mit dem einfachen Mittel eines erhohien
Schutzolls, ohne das es gelungen ware, der Industrie des ehe-
maligen Reichslandes die verlorenen Abgabebiete wiederzugeben.

Der Handelsverkehr Frankreichs mit seinen Kolonien, Schutz-
und Mandatslandern wird grundsatzlich auf eine andre Basis ge-
stellt. Das Prinzip der Selbstversorgung auf allen lebenswichtigen
Gebieten, das in Frankreich immer mehr zur Herrschaft gelangt,
hat zur Folge, das die uberseidischen Gebiete in steigendem MaBe
in die nationale Wirtschaft hereinbezogen werden. Sie sollen eine
Art Reservekammer bilden, aus der das Mutterland in schwie-
rigen Zeiten schopfen kann. Es darf namlich nicht auBer acht
gelassen werden, das der neue Zolltarif nicht nur zeitlich, sondern
auch seinem Geiste und Inhalt nach mit der Militarreform zu-
sammenfallt, die eine Mobilisierung der gesamten Nation, der
lebendigen und der toten Kräfte, fur den Kriegsfall vorsieht.
Diese Mobilisierung ist nur dann moglich, wenn der Frieden auch
in wirtschaftlicher Beziehung als ein „potentieller Krieg“ auf-
gefaBt wird: in diesem Sinne schickt sich Frankreich eben an, die
letzten Schlussfolgerungen aus seinem europaischen Machtwillen zu
ziehen.

Abkaffung der Auslandergerichtsbarkeit in Kanton.

Sankau, 11. Febr. Der Minister des AuBeren von Kanton
teilt den Konsulaten mit, das auf Grund einer Anordnung des
politischen Buros auslandische Klager kunftig keine Klage mehr
vor dem gemischten Gerichtshof anhangig machen konnen. Alle
Auslanderprozesse mussen vor chinesischen Gerichtshofen ohne
Unterstitzung eines Konsularbeamten als Beisitzer durchgefuhrt
werden.

Ein Sieg der chinesischen Nordarmee.

Paris, 11. Febr. Nach einer Meldung der Agentur Indo
Pacifique aus Peking ist die Lage in der Provinz Schekiang
fur Sunshunankang, dessen Truppen Schuhsau wieder eingenom-
men haben, gunstiger geworden. In der Provinz Kiangsi ziehen
sich die Kuomintang-Truppen zuruck. Eine erbitterte Schlacht
zwischen Nordtruppen und 30 000 Mann Sudtruppen hat mit
einem Sieg der Nordtruppen geendet. Die verfügbaren Streit-
kräfte Wupeifus und Tschangjins werden in der Provinz
Honan gegen die rote Kavallerie eingesetzt.

Donauklippen.

Die am 15. Januar in Rom eroffnete auBerordentliche
Sitzung der Internationalen Donaukommission, an der die
Vertreter von elf Staaten, darunter Deutschland mit zwei Stimmen
zunehmend beteiligt waren, hat ihren allerdings nicht sehr ergebnis-
reichen AbschluB gefunden. Der dritte Versuch, diesmal unter dem
Vorsitz eines Italiensers, des gewandten und liebenswurdigen
Ministers Nofetti, unter romischem Himmel zu einem Ausgleich
des verwickelten Fragenkomplexes zu gelangen, ist wiederum mis-
lungen und wird wiederholt werden mussen. Der Beginn der
Tagung stand unter der Meinung, das diesmal die Einigung
zwischen den drei Parteien, der Internationalen Kommission auf der
einen und den beiden Uferstaaten Rumänien und Sudslawien auf
der anderen Seite zustande kommen mussen. Genugende Zeit zur
Ausprache und Ausgleich war vorhanden. Als Vorarbeiten lagen
der rumänisch-sudslawische Akkord von 1925 und die aller-
dings unbefriedigenden Ergebnisse der Pariser Osterkonferenz
von 1926 vor, kein einheitlicher Entwurf, sondern Parallelor-
schlage. Das Ergebnis ist bescheiden. Von den zahlreichen offen-
stehenden Fragen wurden im ganzen zwolf durchgesprochen, ohne
das es daruber in den Hauptpunkten zur Einigung kam. Die
Verhandlungen sollen, wie der romische Vertreter der „Germania“
erfahrt, Mitte März in StraBburg weitergefuhrt werden. Eine
gewisse Skepsis ist auch fur diese Tagung nicht unberechtigt, da
gleichzeitig mit ihr und im weiteren AnschluB an sie die
Verhandlungen der Zentralkommission fur Rheinschiffahrt mit einer
sehr wichtigen Tagesordnung dort stattfinden, so das die
Belastung der Vertreter, die teilweise beiden Kommissionen ange-
horen, eine groBe sein wird. Trotzdem muB gehofft werden, das
die fur die Donauschiffahrt so gefahrlichen Klippen des Eisernen
Tores, um die sich der Hauptstreit dreht, uberrunden werden.

Was wird aus dem Gaskrieg?

Wahrend der Volkerbund, dessen vorbereitender Abrustungs-
auschuB sich am 29. 11. 26 auf den Standpunkt stellte, das
ein vollstandiges Verbot der Herstellung von Giftgasen unmoglich
sei, ernstlich nach MaBnahmen sucht, um die Gefahren eines
Gaskrieges nach Moglichkeit auszuschalten, wird in fast allen
Militarstaaten eifrig an der materiellen und geistigen
Vorbereitung des Gaskrieges weitergearbeitet. Im Pariser „Journal“
wird in einer Artikelserie nachgewiesen, das es nicht anginge,
den chemischen Gaskrieg aus sentimentalischen Grunden zu
verbieten. Die gleiche Ansicht auBert auch die sozialistische Zeitung
„Somme libre“. In Polen ist zu Anfang dieses Jahres in
Warschau auf dem Zollboch das chemische Forschungsinstitut
eroffnet worden. Das Kriegsministerium hat 20 Morgen Land
fur den Bau zur Verfugung gestellt. England gab kurzlich ein vom
Kriegsamt bearbeitetes „Handbuch der Gaskriegfuhrung“ heraus
wegen des Bedurfnisses, die Kenntnisse der Schutzmittel gegen die
Wirkungen der Gasangriffe zu verbreiten. Ein Bericht des
Chefs des chemischen Kriegsdienstes der Vereinigten Staaten
befaBt, das Forschung und Entwicklung dieses Dienstzweiges
im vergangenen Jahre ausgezeichnete Fortschritte gemacht
haben. Zudem ist das Genfer Protokoll, welches die Verwendung
der Giftgase zur Kriegfuhrung verbietet, von dem SenatsauschuB
fur Heeresangelegenheiten an den SenatsauschuB fur Auswärtige
Angelegenheiten ohne Ratifikation zuruckverwiesen worden.

Theorie und Praxis stehen also nach wie vor in aller
schwerstem Widerspruch.

Der „Fall Reubell“ zusammengebrochen.

Berlin, 11. Febr. Nach scharffster Ausprache uber die kom-
munistische Interpellation, die sich gegen den Innenminister v.
Reubell richtete, wurde ein demokratischer Misstrauensantrag gegen
Herrn v. Reubell mit 217 gegen 161 Stimmen bei einer
Enthaltung abgelehnt. Fur den Antrag stimmten auBer den
Antragstellern die Sozialdemokraten und die Kommunisten sowie
der Abg. Wirth (3.), dagegen mit den Regierungsparteien die
Volkslisten und die Wirtschaftliche Vereinigung. Bei der gemein-
samen Abstimmung uber das sozialdemokratische und kommuni-
stische Misstrauensvotum, die besagen, das Herr v. Reubell
nicht das Vertrauen des Reichstags besitze, werden diese ab-
gelehnt mit 218 gegen 163 Stimmen bei einer Enthaltung.

Aufhebung der Massen.

Berlin, 11. Febr. Die Sozialdemokraten hatten am gestrigen
Donnerstag abend ihre Anhanger in Berlin zu einer Massen-
kundgebung gegen die neue Regierung in den Sportplatz zu-
sammengerufen. Zweck dieser Versammlung war, wie aus den ver-
schiedenen Reden deutlich hervorging, Aufhebung der Massen

durch die bekannten alten Schlagworte, wie „Besitz, Burger-
block, Verdringung der Tatsachen, wuBte Reichswehrhege und
die typische Aufforderung an das Ausland, dieser Regierung
doch ja kein Vertrauen zu schenken“. Selbstverstandlich muBte
auch die Hege gegen den Reichsinnenminister v. Reubell zur
Aufpeitschung herhalten, wobei es einigermaBen deluftigend wirkte,
das ausgerechnet Dittmann, dessen Wuhlererei in der Marine wah-
rend des Krieges und den Verhandlungen des Untersuchungs-
ausschusses noch in aller Erinnerung stehen, uber die „Heiligkeit
geleiteter Eide“ und uber Hochverrat sprach. So beherrschte
denk auch tatsachlich die rote Fahne des Klassenkampfes geflern
die StraBen in der Nahe des Sportplatzes, wo es beim Ab-
marsch der Demonstranten zu heftigen ZusammenstoBen zwischen
Reichsbannerleuten und Kommunisten kam.

Deutscher AuBenhandel im Jahre 1926.

Ende Januar hat das Statistische Reichsamt die Zahlen
fur den deutschen AuBenhandel im abgelaufenen Kalenderjahre
veroffentlicht. Verglichen mit dem vorhergehenden Jahre (1925)
ist der UberschuB der Einfuhr uber die Ausfuhr (man nennt dies
„Passivsaldo der Handelsbilanz“) sehr viel geringer. Im Jahre
1925 belief sich dieser Passivsaldo auf rund 2 1/2 Milliarden Mark,
im Jahre 1926 auf nur 711 Millionen. Betrachtet man nur die
sogenannte „reine Wareneinfuhr“, d. h. berucksichtigt man nicht die
Edelmetalleinfuhr, so vermindert sich der Passivsaldo im Jahre
1926 sogar auf 132 Millionen Mark. Es ware aber sehr vor-
eilig, wenn man hieran hoffnungsvolle Betrachtungen nach der
Richtung knupfen wollte, das wir schon im neuen Jahre einen
aktiven AuBenhandel haben werden, d. h. einen UberschuB der
Ausfuhr uber die Einfuhr. Als vor einem Jahre recht trube
Betrachtungen an das Ergebnis des deutschen AuBenhandels im
Jahre 1925 geknupft wurden, wurde zum Trost hinzugefugt, das
die deutsche Wirtschaft im Jahre 1925 seine erschopften Roh-
stoffvorrate erganzen muBte, und das man daher nicht die ganze
Rohstoffeinfuhr des Jahres 1925 als den Rohstoffbedarf eines
einigen Jahres ansehen durfte. Ebenso muB man aber uber das
Ergebnis des Jahres 1926 sagen, das die Rohstoffeinfuhren ge-
ringer gewesen sind, als dem Bedarf des Jahres entsprechen.
Weiter hat der britische Bergarbeiterstreik und die dadurch
herbeigefuhrte Belegung der deutschen Kohlenausfuhr dazu
beitragen, eine gunstige deutsche AuBenhandelsbilanz herbeizu-
bringen.

Wenn sich die Erwartungen erfullen, die man gegenwartig
in Deutschland hegt, so werden sich die starken Schwankungen
der ersten Jahre nach Durchfuhrung der Wahrungstabilisierung
mildern. Man darf also annehmen, das wir an Rohstoffen und
auslandischen Fertigerzeugnissen kunftig ziemlich genau so viel
einfuhren, wie wir in dem betreffenden Jahre verbrauchen. Erst
dann konnen wir endgultig erkennen, ob unter den heute herr-
schenden Verhaltnissen unsere auswärtige Handelsbilanz aktiv
oder passiv ist. Es darf erwartet werden, das bei unserer derzeitigen
Ausfuhrmoglichkeit ein Passivsaldo von etwa 1 Milliarde
Mark normal ist. Alle Kenner der Reparationsfrage sind sich
daruber einig, das Deutschland einen Aktivsaldo in seiner Han-
delsbilanz erzielen muB, wenn es ohne Opfer an Volkswohlstand
seine Reparationsverpflichtungen erfullen will. Von diesem Zu-
stand sind wir noch weit entfernt. Selbst wenn wir annehmen,
das wir mit Frankreich und Polen Handelsvertrage abzuschlie-
Ben und dadurch unsere Wareneinfuhr nach diesen Landern zu
seigern vermogen, so wird doch die verstarke Konkurrenz der
britischen Wirtschaft nach Beendigung des Bergarbeiterstreiks die
deutsche Ausfuhr einengen. Alle Wirtschaftsvolker bemuhen sich,
ihre Einfuhr an fertigen Erzeugnissen aus anderen Landern zu
beschränken. Eine groBe Starkung der Konsumkraft in den dicht-
besiedelten Gebieten Sud- und Ostasiens wie auch RuBlands
ist im Hinblick auf die dort herrschenden politischen und
wirtschaftlichen Wirren kaum zu erwarten. Es hat den Anschein,
als werde es noch eine ganze Reihe von Jahren dauern, bis
wir die Moglichkeit erhalten, unsere Wareneinfuhr so zu heben,
das wir eine dauernd aktive Handelsbilanz erhalten.

Baden.

Badischer Landtag.

Der HaushaltsauschuB hat den volksparteilichen Antrag betr.
NachlaB der Reichsvermogenssteuer abgelehnt. Die Regierung
wird nach Bevollstandigung des Materials eine Statistik uber
die Steuerleistungen der einzelnen Stände vorlegen. Angenommen
wurde das Notgesetz, das die naheren Einzelheiten uber die
Feststellung der Betriebsvermogenswerte fur 1926 enthalt. Bei
dieser Gelegenheit kam von allen Seiten der Wunsch zum Aus-
druck, das die sprachliche Fassung der Gesetze eine vollstam-
lichere werde. In Bezug auf die Einschlagung zur Kirchensteuer
wurde festgestellt, das manche der Steuerheber mangels der
amtlichen Einschlagung vorlaufig eigene Schatzungen gemacht
und dabei dann und wann stark daneben gegriffen hatten. Die Burger-
liche Vereinigung hat einen Antrag eingebracht, die Regierung
moge darauf hinwirken, das das badische Landesfinanzamt die
badische Wirtschaft nicht hoher veranlage, als es in anderen
Landesfinanzamtsbezirken gefehle. Dem Antrag wurde zugest-
immt mit der MaBgabe, das er sich auf die zwangsbewirt-
schafteten Grundstucke beziehen soll. Annahme fand ferner ein
Antrag des Zentrums, der hinsichtlich der landwirtschaftlichen
Grundstucke wunscht, das bei Durchfuhrung des Reichsbeur-
wertungsgesetzes an Stelle der schematischen Angleichung der Gemein-
den gegeneinander durch die Gemeindegala eine gerechtere
Bewertung erteilt mit Hilfe genauer Unterlagen, eventuell einer
Vordenkontierung, ahnlich wie in Preußen und in Wurttemberg.
SchlieBlich stimmte der AuschuB einem Antrag Dr. Fohr (Ztr.)
zu, wonach in Waldsruh und im Kreise Mosbach im Bedarfs-
falle eine Hofbeschlagshule zu errichten sei.

Statistisches aus der Ev. Landeskirche in Baden.

ep Nach dem Stand vom 1. Januar 1927 zahlt die evang.
Landeskirche im Ganzen 608 Geistliche; davon stehen 404 im
Gemeindepfardienst, 14 Geistliche sind Pfarrer der Landes-
kirche ohne Gemeindeamt, 10 sind fur den Dienst in Vereinen
und Anstalten insbesondere der Amerer Mission beurlaubt, drei
sind Pfarrer an Staatsanstalten und 19 sind Religionslehrer.
Unfallige Geistliche sind 158 vorhanden, davon stehen 143
im Dienste der Landeskirche, 4 sind unstandige Religionslehrer
an hoheren Lehranstalten, 3 sind nicht verwendet, 8 nicht im
Dienste der Landeskirche. Im Jahre 1926 sind aus den beiden
Hauptprufungen 16 Geistliche zugegangen, 5 Geistliche wurden
neu und 2 wieder in ihren Dienst aufgenommen worden, sodas
der Gesamtzugang 23 gegenuber 35 im Vorjahre betragt.
Gestorben sind 7 Geistliche, namlich 6 Pfarrer (davon ein be-
urlaubter) im Dienst und 1 Vikar im Krankheitsurlaub, auBer-
dem 6 Pfarrer im Ruhestand. In den Ruhestand versetzt wur-
den 15, auf Ansuchen entlassen 5 Pfarrer und 2 Vikare. Dem
Zugang von 23 Geistlichen steht somit ein Abgang von 29
gegenuber. Auf den 1. Januar 1927 bestanden 453 Pfarreien
(neben 17 Stellen fur landeskirchliche Pfarrer ohne Gemeinde-
amt), 404 davon waren besetzt, 15 nachbarlich oder durch Pfarrer
im Ruhestand versehen und 34 durch Pfarrverwalter bedient.
Entfehlt sind 3 Stellen fur landeskirchliche Pfarrer. Erledigt
wurden im Jahre 1926 55 Pfarreien, 30 durch Veretzung und
andere Verwendung des Pfarrers, 15 durch Zurubehung,
3 durch Entlassung auf Ansuchen, 2 durch Beurlaubung und

5 durch den Tod. Neuerrichtet wurden 7 Pfarreien. Besetzt
wurden 57 Pfarreien, durch Gemeindevahl 30, durch den Pa-
tron 12, die ubrigen 15 durch Ernennung seitens der Kirchen-
regierung. In Kirchenraten wurden 8 Geistliche ernannt. Zum
Hilfsarbeiter beim Oberkirchenrat wurde ein Pfarrer ernannt.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 12. Febr. (Vortrag.) Ueber J. B. Hebel, den
alemannischen Dichter und Erzahler sprach am Freitag Abend im
Bereit Bad. Heimat der Schriftsteller und Dichter H. E. Basse aus
Freiburg, der durch seine Forscherstatigkeit im Landesverein Badische
Heimat in weiteren Kreisen bestens bekannt geworden ist. In
bescheidener Poesie schilderte er das Leben Hebels und sein Schaffen,
der mit frischem, frohem Blick das Leben und die Gegenstände der
Natur zu beobachten verstand und durch gluckliche Personifikationen
seine Darstellungen auf eine höhere Stufe der Kunst emporhob. Von
der reizenden Welt Hebels, von seiner wundervoll nativen Sprache und
natürlich herzlichen Empfindung gab eine Probe seiner Gedichte, be-
titelt „Der Wegweiser“, eine Vorstellung, mit welcher der Redner
seinen gehaltvollen Vortrag einleitete. Hebel ist der Bahnbrecher
heimatlicher Dialektdichtung. Neben und nach ihm tauchte eine ganze
Reihe von Dialektdichtern auf, die aber alle nicht an den Volksdichter
Hebel heranreichen. Wie vortrefflich aber Hebel auch zu unterhalten
verstand, das lehren seine Erzählungen im „Rein. Hausfreund“, die
im „Schachkästlein des rhein. Hausfreunds“ zusammengestellt sind.
Stellen die alemannischen Gedichte die Vollendung unserer idyllischen
Dichtung und die vollkommene dichterische Verkörperung deutschen
Heimatwesens dar, so ist das Schachkästlein die Vollendung der
moralischen Wochenschriftenchreiberei und wahrhaft humoristischer
Volkschriftstellerei. Er scherzt und lacht mit dem Volk und der
prachtigen Humor und die neckische Sprechweise geben diesen Erzähl-
ungen einen eigenen Reiz. Die vollige Beseitigung der trennenden
Schranke zwischen Autor und Volk, zwischen dem Gebildeten und dem
Ungebildeten ist das Charakteristikum der Hebel'schen Volkschrift-
stellerei. So geht denn auch fast alle moderne Volkschriftstellerei
und die ganze Kalenderliteratur auf Hebel zurück. Zum SchluB gab
der Vortragende noch eine Probe Hebel'scher Erzählungen, die, wie
auch der Vortrag selbst, mit dankbarem Beifall von der zahlreichen
Zuhörerchaft entgegengenommen wurden. Es war ein unterhaltender,
lehrreicher Abend, der bei gefelligem Zusammensein nachher durch
einige Spenden eigener Werke Busses eine wertvolle Ergänzung erfuhr.

* Sinsheim, 14. Febr. (Eilbriefsendungen nach dem Ausland.)
Eilbriefsendungen nach dem Ausland mussen vom Absender vollstandig
freigemacht werden. Die Eilzustell-
gebühr, die auBer der Freigebühr in Freimarken zu verkleben
ist, betragt fur Sendungen an Empfänger im Ortszustellbezirk
50 Pfennig. Bei Eilzustellung im Landzustellbezirk wer-
den die wirklichen Botenkosten unter Ausrechnung des vom
Absender vorausbezahlten Betrages vom Empfänger eingezogen.
Im Berkehr mit Oesterreich, Luxemburg, der Freien Stadt
Danzig, Litauen und Memelgebiet betragt die Eilzustellungs-
gebühr wie im innerdeutschen Berkehr 30 Pfg. im Ortszustell-
bezirk und 60 Pfg. im Landzustellbezirk. Nach der Freien Stadt
Danzig besteht kein Freimachungszwang. Die Eilsendung muB
der Absender mit einem rot unterstrichenen Bermerk, der das
Verlangen der Eilzustellung unzweifelhaft kundgibt („durch Eil-
boten“, „Expres“) sowie durch ein liegendes rotes Kreuz uber die
ganze Aufschrift kennzeichnen.

* Sinsheim, 14. Febr. (Heimarbeitswandel) „Ne-
benverdienst durch Heimarbeit“ oder so ahnlich lauten gemoglich
Anzeigen, die gewisse Schwindelfirmen in die Zeitungen lan-
cieren. In den Anzeigen selbst ist die genaue Art der angeblichen
schriftlichen Heimarbeit nicht angegeben. Den sich Meldenden
geht alsbald ein Brief mit Zahlkarte uber 2—3 Mark zu.
Sie erhalten dafur ein Buch mit Ratsschlagen oder mit Anzeigen,
in denen Heimarbeit angeboten wird. Heimarbeit erhalten sie
aber nicht. Es ist nur darauf abgesehen, armen Arbeitslosen
ihre letzten Mittel aus der Tasche zu ziehen. Da sich diese
Schwindelanzeigen in letzter Zeit wieder sehr hufen, wird ein-
dringlich vor ihnen gewarnt.

* Neckarbischofsheim, 12. Februar. (Vortrag.) Vorgestern
Abend hielt in der Stadtkirche Pfarrer Galle einen Vortrag uber
„die Leiden und Freuden eines Diasporapfarrers“. Der Vortragende ist
in Todtnau als Geistlicher tätig. Das HauBlein der Evangelischen in dem
Feldberggebiet ist sehr klein, aber das Gefuhl der Gemeinschaft sehr
groB. Er schilderte, wie beschwerlich der Besuch der Schule, des
Religionsunterrichts und der Gottesdienste ist bei dem oft meterhohen
Schnee und 2—3 Stunden Wegenfernung. In der Hand von sehr
guten Lichtbildern aus dem Feldberg- und Beldberggebiet wurde das
Gefagte trefflich vor Augen gefuhrt. Es ist deshalb nur zu begreiflich,
das sich bei den dortigen Glaubensgenossen mit 450 Seelen, die zer-
streut in diesem Gebiet wohnen, der Wunsch regte, ein Kirchlein
zu besitzen. Mit Unterstutzung des Gustav-Adolf-Vereins konnte
dieser Gedanke zumteil verwirklicht werden. Im Rohbau ist das
Kirchlein fertig; aber es fehlt die Innenausstattung. Als Bittender
steht deshalb der Diasporapfarrer vor der heiligen evangelischen Ge-
meinde, ein Scherlein beizutragen zum Ausbau des Kirchleins.

* Bad Rappeneau, 13. Febr. (Verschiedenes.) Die am ver-
gangenen Sonntag in der „Brauerei Haffner“ stattgefundene Jahres-
hauptversammlung der hiesigen Ortsgr. des Odenwaldklubs durfte
sich einer regen Teilnahme erfreuen. Nach der Begrüßungsansprache
des Salmeninspektors Kreuzer, erstatteten Herr Eisenbahninspektor
Schmid den Jahresbericht und Herr Rfm. Frig. Freudenberger
den Rassenbericht. Der Gesamtzustand wurde einstimmig wiedergewählt.
Der vorgesehene Wanderplan wurde dann einzeln durchgesprochen
und festgelegt. — Am heutigen Sonntag begehden die Friedrich Streib
Chele in voller geistiger und körperlicher Frische das Fest des goldenen
Ehejubiläum.

* Eppingen, 14. Febr. (Verschiedenes.) Am 15. Febr.
findet hier eine Bürgererschulung statt, in der
u. a. uber eine Darlehensaufnahme zur Durchfuhrung von Not-
standsarbeiten beraten wird. — Gegenwartig werden hier Zuk-
kerruben akkordiert, wobei fur 100 Kg. Ruben 3—3.20
Rm. gegen sofortige Kasse bezahlt werden. AuBerdem werden bei
Anschaffung von Stickstoffdunger Berguntugungen geboten.

* Eppingen, 13. Febr. (Von der Freiw. Feuer-
wehr.) In der Hauptversammlung der Freiwilligen Feuer-
wehr begriBte Kommandant Fejer die Anwesenden. Hierauf
erstattete Schriftfuhrer Biehlauer den Tätigkeitsbericht. Es wur-
den drei Mitglieder fur 50 jährige, 7 fur 25 jährige, zwei fur
20 jährige und eines fur 10 jährige Zugehörigkeit zur Wehr aus-
gezeichnet. Den Rassenbericht erstattete J. Peter. Der Mitglieds-
beitrag wurde erhoht. Die Wehr kann in diesem Jahr auf ihr
80 jähriges Jubiläum zuruckblicken. In welchem Rahmen dies
gefeiert werden soll, steht noch nicht fest.

* Aus dem Kraichgau, 14. Febr. (Landwirtschaft-
liches.) Langsam beginnt die Herrschaft des Winters zu weichen.
Fur den Nachwinter mit Kälte muB man aber dankbar sein,
denn die warme Temperatur im Januar und Anfang Februar
hatte die Entwicklung schon sehr gefordert und den Saftreichtum
der Bäume sehr gesteigert. AuBerdem war die Kälte dem Land-
mann auch erwünscht, da die Schollen kaum noch durchgefroren
waren. Die niedergegangene Feuchtigkeithatte die Wege grund-
tlich gemacht, sodas auch hier eine Besserung eingetreten ist. Etwas
mehr Schnee auf den Feldern ware ja zum Schut der aufge-
laufenen Frucht besser, aber bis jetzt sind die Temperaturen
immer noch erträglich und ungefahrlich. Die Frucht als solche
steht gut da, der im Spätjahr konstatierte MäusefraB hat aber
kaum eingeschlagen. Mit Sauche- und Mistfuhrern bereitet jetzt
der Landmann die Felder auf das Frühjahr zur Bestellung

vor; mit Freuden kann auch eine zunehmende Pflege der Obstbäume bemerkt werden, die sich nicht allein auf eine Pflege älterer Bäume beschränkt (Ausputzen, Düngen, Veredeln), sondern auch im Nachhaken junger Bäumchen und Sorten ihren Ausdruck findet. So scheint eine gesunde Unternehmungslust in der Landwirtschaft kräftig vorwärts zu streben.

Heidelberg, 12. Febr. (Ein guter Fang der Polizei.) Hier wurde ein von verschiedenen Behörden wegen Heirats- und Scheckbetrügereien sowie wegen Wechselräubereien und Unterschlagungen gefuchter, verheirateter Kaufmann von Mainz festgenommen, der jeweils unter anderem Namen aufgetreten ist. — Wie wir hierzu noch von anderer Seite hören, hatte der Schwindler sich in einem hiesigen Hotel einlogiert. Inzwischen war von Baden-Baden eine Anzeige eingelaufen, daß er sich hier aufhalten sollte. Die Ermittlungen führten dann zur Festnahme eines Mannes, der sich Fritz Meißel nannte. Als die Polizei ihm auf den Kopf zusagte, daß dieser Name falsch sei, nannte er sich Theodor Geier, unter welchem Namen er bereits in einem Steckbrief als Betrüger gesucht wurde. Mittlerweile kam auch von Karlsruhe ein Polizeifunkpruch, welcher nach diesem Schwindler wegen Scheckbetrugs, Heiratschwindels und Unterschlagungen fahndete. Von Offenburg aus wurde derselbe Gauner wegen Wechselräubereien und Scheckschwindelgeheimen gesucht. Außer den oben angegebenen Namen ist er auch unter dem Namen Heinrich Groll und Karl Rosmann aufgetreten.

Walschberg, 14. Febr. (Kindraub.) Dieser Tage wurde die hiesige Gemeinde in höchste Erregung versetzt. Da zur Zeit Mission abgehalten wird, war die ganze Gemeinde in der Abendandacht. Diese Gelegenheit benützte ein junger Mann aus Mingolsheim, um an einem Mädchen Raub zu üben. Mit dem Mädchen hatte er früher ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen geblieben war. Er wollte das Mädchen heiraten, doch wies die Eltern ihn öfters ab. Gestern abend brach er die Tür auf und suchte mit dem Kind das Weite. Die jüngeren Geschwister des Mädchens liefen in die Kirche und riefen: „Vater, komm nach Hause, das Kind wird gestohlen!“, worauf viele Leute sich an der Suche beteiligten. Doch war der junge Mann schon mit dem unbedeckten Kind verschwunden. Die Gendarmerie Walsch verfolgte den Mann und es stellte sich heraus, daß er das Kind nach Mingolsheim zu seinen Eltern gebracht hatte.

Weinheim, 13. Febr. (Zusammenstoß.) Ein Lastauto der chemischen Fabrik „Elektron“ in Griesheim, das mit eisernen Säureflaschen nach Ludwigshafen bestimmt war, karambolierte beim Ausweichen mit einem aus Biehlheim kommenden leeren Triebwagen der Straßenbahn in so schwerer Weise, daß der Vorderperlon des Triebwagens rasiert wurde und der Anhänger des Lastautos umstürzte. Der Führer der Elektrischen rettete sein Leben durch schleuniges Abspringen, wobei er eine Verletzung der rechten Hand erlitt. Der Chauffeur des Lastautos kam mit dem Schrecken davon. Der beiderseitige Materialschaden ist recht erheblich. Die Schuldfrage muß durch die Untersuchung ermittelt werden.

Weinheim, 13. Febr. (Die ersten Stare) als Frühlingsboten sind nun auch hier eingetroffen. Einige von ihnen haben sich auf dem Kreuz an der Eingangsseite der katholischen Kirche eingemischt.

Mannheim, 12. Febr. (Tödlicher Unfall einer Schülerin.) Gestern abend gegen 6 Uhr hat sich auf dem Hohenwiesengrund eine neun Jahre alte Schülerin, deren Eltern an den Katernen wohnen, trotz vorheriger Warnung auf die Verbindungsstange eines in Fahrt befindlichen Lastwagens, der aus einer Zugmaschine und zwei mit Holz beladenen Kastenwagen bestand, gesetzt. Das Kind fiel von seinem Sitzplatz ab und wurde von dem zweiten Anhänger des Lastwagens überfahren, daß ihm zwei Rippen über den Kopf gingen. Die Verletzungen waren derart schwer, daß der Tod auf dem Wege zum Krankenhaus eintrat. Untersuchung ist eingeleitet.

Ludwigshafen, 12. Febr. (Unfall in der Anilinfabrik.) Im Bezirk Ludwigshafen der S. G. Farbenindustrie traten in einer explosionsfähigen Versuchskammer infolge Aufreißens einer Rohrleitung brennbare Dämpfe aus. Diese entzündeten sich mit dumpfem Knall, Einige in der Nähe, außerhalb der verschlossenen Kammer beschäftigte Leute erlitten durch Zubodenfallen leichte Verstauchungen und Prellungen. Der Sachschaden, der nur innerhalb der Kammer eintrat, ist gering.

Buchen, 12. Febr. (Landwirtschaftliche Tagung.) Im hiesigen Preisvereinsaal fand unter der Leitung von Landrat Kozzoli eine Bezirksversammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Buchen, verbunden mit einer Tagung der Fleckviehgenossenschaft Buchen und der Jungvieh- und Fohlenweide statt, welche einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. Landesökonomierat Heching (Buchen) führte dabei einen interessanten Lehrfilm aus dem Gebiete der oberbayerischen Fleckviehgenossenschaften vor. Anschließend hielt Veterinärarzt Hock aus Heidelberg einen umfassenden Vortrag über die Grundlagen rationeller Rindviehzucht und Rindviehhaltung.

Mudau, 12. Febr. (Verschiedenes.) Auf dem Viehmarkt waren vier Kühe und 24 Rinder zugefahren. Verkauf wurden zwei Kühe und 23 Rinder. Der Durchschnittspreis für Kühe betrug 380 bis 600 Rm., für Rinder 180 bis 400 Rm. — Förster Lenz bei der Grundherrschafft Rüdert von Coltenberg ist kürzlich auf Mudauer Gemarkung einen sehr schönen Wildschweinekeiler und Gewerbelehrer Krauß konnte zwei Wild-

jaunen erlegen. — Hier fand eine Versammlung zwecks Gründung eines Verkehrs- und Fremdenzuzugsverbandes statt, zu der Vertreter der Gemeinden Mudau, Uaterscheidental, Steinbach, Dornbach, Mörschhardt und Schloßau, sowie der gesamte Stadtrat von Amorbach erschienen waren. Nach einer Begrüßung durch Bürgermeister Link legte Bürgermeister Köhler von Amorbach in vorzüglichen Ausführungen Zweck und Ziel des Verbandes dar. Da sämtliche Gemeinden ihren Beitritt erklärten, konnte der Verband gegründet werden.

Weingarten, 12. Febr. (Verunglückt.) Das Pferd des Wilhelm Jung scheute vor einem Auto, ging mit dem Wagen durch, und dieser schlug an einem Schotterhaufen um. Jung wurde aus dem Wagen geschleudert und geriet unter denselben, wodurch ihm das Gesicht abgedrückt wurde und der Tod sofort eintrat. Der Verunglückte war jung verheiratet.

Forstheim, 12. Febr. (Aus Versehen vergiftet.) Vorgestern abend trank ein in der Genossenschaftstraße wohnender 46 Jahre alter Heizer, der zur Zeit krank ist, versehentlich in der Dunkelheit aus einem falschen Fläschchen, in dem sich alter Seifenalkohol befand. Er wurde noch nachts um halb 11 Uhr ins Stadt Krankenhaus verbracht, konnte aber trotz sofortiger angemessener Gegenmittel nicht mehr gerettet werden und starb bald darauf. Er hinterläßt Frau und zwei erwachsene Kinder.

Erlach, (Amt Oberkirch), 12. Febr. (Verunglückt.) 25 Jahre alte August Panther wollte hier mit einem Flobergetwehrgewehr eine Kasse schießen. Panther lauerte sie auf, mit dem schußfertigen Gewehr unter dem Arm, den Lauf gegen den Oberkörper. Blühlich entlud sich das Gewehr und traf Panther so unglücklich ins Herz, daß der Tod sofort eintrat.

Neustadt, 13. Febr. (Festnahme einer Kirchen dieb.) Hier wurde eine 16 Jahre alte Fabrikarbeiterin wegen Verabreichung des Opferstockes in der katholischen Kirche festgenommen. Sie wurde bei einem neuerlichen Versuch erwischt, wobei sie eine Brosche trug, die sie von der Muttergottesstatue gestohlen hatte.

Ebrach, 12. Febr. (Ein eigenartiger Unfall) ereignete sich in der Bergstraße. An einem Wohngebäude sind dort sog. Gauden mit schrägen Wänden ausgebaut worden. Ein dort mit Verputzarbeiten beschäftigter Gipser aus Maulburg glitt von dem Gerüst aus und stürzte gegen das Fenster. Er fiel mit dem Arm durch die Fensterscheibe, die zerplitterte, wobei ein großer Splitter ihm in die Brust drang, die Lunge durchbohrte, und bis zur linken Seite ins Herz durchstieß. Der Unglückliche zog sich den langen Glasplitter noch selbst aus dem Brustkorb, um dann nach 8—10 Schritten tot umzufallen.

Rheingönheim, 12. Febr. (Verdrüht.) Das 2 Jahre alte Kind einer hiesigen Familie fiel in einem unbewachten Augenblick in eine Bütte mit kochendem Wasser und verbrühte sich derart, daß es ins Krankenhaus verbracht werden mußte, wo es den schweren Verletzungen erlag.

Pandau, 13. Febr. (Großfeuer.) In dem Anwesen des Gärtnereibesetzers Neurohr in der Gerberstraße brach Feuer aus, das alsbald das Wohnhaus in helle Flammen setzte. Die mit der Motorpumpe eingreifende Feuerwehr mußte sich somit darauf beschränken, ein Uebergreifen des Feuers auf den gesamten Gebäudekomplex Ecke Gerber- und Kronstraße, der aus alten Gebäuden besteht, zu verhindern. Der Schaden ist bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt.

Bodum, 14. Febr. (Gefangenenausbruch aus dem Zentralgefängnis.) Aus dem Zentralgefängnis brachen drei Strafgefangene aus. Zwei von ihnen entkamen, während der dritte bei dem Sprung von der Gefängnismauer einen Beinbruch erlitt und liegen blieb.

Magdeburg, 13. Febr. (Ein blutiger Mieterstreit.) In Schönebeck bei Magdeburg kam es zwischen den Mietparteien eines Hauses zu Schlägereien, bei denen ein Arbeiter getötet wurde, ein Mann eine schwere Bauchverletzung erlitt und einer Frau der Schädel gespalten wurde. Die Polizei mußte mit 16 Mann eingreifen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Dresden, 14. Febr. (Zwei vielgesuchte Betrüger gefaßt.) Zwei vielgesuchte Schwindler wurden jetzt endlich hier festgenommen. Der eine, ein internationaler Gauner, der unter dem Namen „Graf Verolsa“ und „Albert van den Berg“ in Paris, Brüssel, Gent und in vielen Städten der Schweiz auftrat, ist ein 26 Jahre alter Simon Weinberg, der aus Altradriens stammt. Er betrieb überall auf eine eigene Art den Ladenkassendiebstahl. Abends, wenn die Geschäftsleute mit der Abrechnung beschäftigt waren, erschien er im Laden und bat, einmal telefonieren zu dürfen. Während er an den Apparat ging, verstand er es heimlich in die Kasse zu greifen. Was ihm diese Diebstähle einbrachten, geht aus seiner Lebenshaltung hervor. Der Schwindler besaß in der Geisbergstraße in Berlin zwei möblierte Zimmer, für die er monatlich 400 Mark Miete zahlte. Aus einer Rechnung erlah man, daß er sich am Kurfürstendamm einen Frackanzug für 400 Mark und einen Smoking für 350 Mark hatte anfertigen lassen. In Berlin wurden dem Verhafteten bisher drei Diebstähle nachgewiesen, bei denen er durchschnittlich 2000 Mark erbeutete. — Die Kriminalpolizei suchte seit längerer Zeit einen jungen Mann, der sich „Magistratssekretär Eichler“ oder „Bahnpostinspektor Hans Zänker“ nannte. Er ließ sich als Königsberg Kleidungsstücke, goldene Uhren, goldene Füllfederhalter und dergleichen schicken. Mit dem, was er erhielt, trieb er einen einträglichen Handel. Aus Berlin bezog er Auswahlsendungen nach Dresden, aus Dresden wieder Sachen nach Leipzig usw. Jetzt wurde er in Dresden festgenommen und als ein 24 Jahre alter „Kaufmann“ Alfons Daberkow entlarvt.

Hannover, 14. Febr. (Mit 25000 Reichsmark im Flugzeug geflüchtet.) Ein Angefallener des Reichamtes erschwindelte sich durch Fälschungen etwa 25000 Reichsmark. Als die Unterschlagungen entdeckt wurden, hatte der Verbrecher jedoch mittels Flugzeug das Weite gesucht.

Berlin, 13. Febr. (Freiwillig in den Tod.) Die 56-jährige Frau Holle verübte Selbstmord, indem sie sich mit Gas vergiftete. Frau Holle, deren Mann kürzlich wegen Unterschlagung von 170000 Mk. verhaftet worden war, hatte sich dies so zu Herzen genommen, daß sie ihrem Leben ein Ende machte.

Brüssel, 14. Februar. (Explosion in einer chemischen Fabrik.) In einer chemischen Fabrik in der Nähe von Brüssel ereignete sich eine Explosion, wobei ein Arbeiter getötet, vier schwer und fünf leicht verletzt wurden.

St. Moritz, 14. Febr. (Zwei Fliegeroffiziere tödlich verunglückt.) Der Militärfliegeroberleutnant Albrecht und sein Beobachter, Oberleutnant Buchli, stürzten ab. Sie erlagen ihren Verletzungen.

Wien, 11. Febr. (Liebe durch Radio.) Aus einer seltsamen Ursache hat eine 52 Jahre alte Gehilfin durch Einatmen von Leuchtgas Selbstmord verübt. Als eifrige Rundfunkhörerin hatte sie sich in einen Sänger des Wiener Theaters, den sie nur mit dem Kopfhörer gehört, aber niemals gesehen hat, derartig verliebt, daß sie ihm Liebesbriefe schrieb. Da diese unbeantwortet blieben, wurde sie zusehends schwermütiger, bis sie sich jetzt das Leben nahm.

Schon wieder Großfeuer in Furtwangen. Furtwangen, 12. Febr. Die Einwohnerschaft, die schon durch den kürzlichen Krankenhausbrand sehr beunruhigt war, wurde erneut durch Feueralarm aufgeschreckt. Das in schöner Umgebung in 1050 Meter Höhe gelegene Gasthaus „zum goldenen Raben“ brannte. Der Brand war in dem in nächster Nähe des Kamins liegenden Speicher (Obertenne), der nach Art der alten Schwarzwaldbäuer mit Heu-, Stroh- und Holzporträien angefüllt war, ausgebrochen. In wenigen Augenblicken stand der ganze Speicher in Flammen. Die Furtwanger Feuerwehr, die sich infolge des hohen Schnees nur mühsam die Rabenstrasse hinaufarbeitete, konnte nichts mehr ausrichten, zumal fast kein Wasser zum Löschen vorhanden war und der kleine Eisweiser nur gerade so viel lieferte, um die umliegenden Gebäude zu schützen. So brannte denn das alte schöne Gasthaus in wenigen Stunden bis auf die Grundmauern nieder. Das Vieh konnte noch in Sicherheit gebracht werden, von dem Inventar und den Fahrnissen war nichts zu retten. Die Ursache des Feuers ist noch nicht bestimmt festgestellt.

Schweres Unglück bei der Reichswehr. München, 11. Febr. Wie die Münchner Zeitung aus Brien meldet, zerschlug beim Übungsparadeieren der vierter Batterie des Reichsmehrarillerieregiments Nr. 7 (Landsberg) beim ersten Schuß das Verschlussstück eines 7,6 Zentimeter-Geschützes, wobei 4 Kanoniere meist schwere Arm- und Beinverletzungen erlitten. Ein Kanoniere wurde der rechte Arm zerschmettert, einem anderen der Hüftknochen. Der Unfall soll auf Eintreten der Brennflüssigkeit des Rohrlaufs zurückzuführen sein.

Neue Wege im Schiffsbau. Berlin, 11. Febr. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet über eine Erfindung des Ingenieurs A. Bömer, der nach neuen Gedanken ein Schiff konstruiert hat, das die Geschwindigkeit bei gleicher Kraftanlage gegenüber der bisherigen Schiffskonstruktion um mehr als 100 Prozent steigern oder eine Energieersparnis von 70—80 Prozent erzielen würde. Nach dem neuen Konstruktionsplan erbaute Dampfer würden D Zug-Geschwindigkeit erreichen.

Sieben Bauarbeiter verunglückt. Amsterdam, 11. Febr. Wie aus Heerlen berichtet wird, brach dort ein Baugerüst zusammen. Die darauf befindlichen sieben Bauarbeiter wurden schwer verletzt. Zwei von ihnen starben kurz darauf.

Die Schneestürme in Japan. Tokio, 12. Febr. Aus Tokio kommen neue Berichte über die durch die Schneestürme in Nordjapan verursachten Schäden. Der Schnee liegt 2—6 Meter hoch. Insgesamt 103 Personen sind ums Leben gekommen, hauptsächlich durch den Einsturz von Häusern. 10 Personen werden noch vermisst. Die Zugerbindungen sind vollständig unterbrochen. Die Eisenbahngesellschaften haben die Regierung um Truppen zur Freimachung der Linien ersucht.

Neueste amtliche Kurse mitgeteilt von der Vereinsbank, e. G. m. b. H. Sinsheim, vom 12. Februar 1927. Table with columns for Anleihen, Bankaktien, Wechsel, Aktien, and Dividenden.

Brennholz-Versteigerung. Das Forstamt Neckarschwarzach versteigert am Mittwoch, den 16. Februar, morgens 10 Uhr, im Wirtshaus in Schwanheim: aus den Domänenwaldungen Regberg, Hirschbrünne und Rüdenswald: 66 ei. und bu. Wagnerkanten, 477 Ster Scheiter (318 bu., 88 ei., 71 hbu. u. gem.), 9 Ster erlene Rollen, 301 Ster Prügel (129 bu., 43 ei., 124 hbu. u. gem., 5 nadel), 222 Ster Laubreisprügel. Vorzeiger: Forstwart Heiß in Schönbrunn.

Unterhaltenes Klavier für Anfänger geeignet, wegen Flammangel sehr billig zu verkaufen. Kinderwagen fast neu, zu verkaufen. Spezialität Seidenhüte Elsa Faul. Gicht u. Rheuma lindert und heilt. Wallwurzfluid. Klosterlabor, Alpirsbach W. Große Flasche Mk. 2.00 u. 4.00. Apotheker Dr. Kieffer.

Möbl. Zimmer sofort zu vermieten. Zu erfragen unter Nr. 161 beim Landboten. Margarine. Für Sinsheim und Umgebung suche ich einen gut eingeführten branchekundigen Vertreter zur Bearbeitung der Kolonialwaren- und Bäckereiwirtschaft. Lohnender Verdienst durch Einrichtung eines Netzergeschäftes. Laden nicht nötig. Für Waren 200.— bis 600.— Mark erforderlich. Offerten unter D. C. 7935 an Rudolf Mosse, Dresden.

Stedckenpferd- Seife. Die beste Lillienmilchseife. zarte, weisse Haut und blend. schönes Teint. Ferner macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiss u. sammetweich. Überall zu haben. Apotheker Dr. Kieffer Engel-Drog. Ad. Engel Wilh. Geiß, Seifenfabrik. Ata Henkel's Scheuermittel keine Hausfrau mag es entbehren!

Der Schlüssel zum Erfolg. ist und bleibt ein ständiges Inserat in der im Elsenz- u. Schwarzbachtal weit verbreiteten und meistgelesenen Zeitung, des Landboten Sinsheim.